



# HAUSHALTSREDE DER WEINGARTENER BÜRGERBEWEGUNG 12. Februar 1996

---

**Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, sehr geehrter Herr Bürgermeister Scholz,  
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates,**

als Stellungnahme zu einem Haushaltsentwurf, der keine Investitionen mehr aufweist und in erster Linie die Bewältigung der Vergangenheit zum Inhalt hat, würden eigentlich wenige Worte genügen. Doch Haushaltsreden dienen schon immer, abgesehen von ihren Aussagen zur Verwendung der finanziellen Mittel, auch der etwas ausführlicheren politischen Standortbestimmung, und da uns ja das allzu häufige Kundtun unserer allzu oft abweichenden Meinung ohnehin gelegentlich zum Vorwurf gemacht wird, möchten wir auf das Ausnutzen unserer Redezeit am heutigen Abend, verbunden mit dem Abdruck unserer Rede in der Turmberg – Rundschau, keinesfalls verzichten. Stellt doch der Abdruck der Haushaltsreden in der Turmberg – Rundschau für jede Fraktion die einzigste Möglichkeit im Jahr dar, ihre Meinung in einer offiziellen Zeitung zu veröffentlichen. Und da wir gerade bei Vergangenheitsbewältigung in der Turmberg – Rundschau sind, wollen wir diese Gelegenheit auch ausnutzen, einen Blick acht Wochen zurück auf den am 27. November 1995 beschlossenen Nachtragshaushalt zu werfen und an dieser Stelle ausdrücklich betonen, dass wir zu allen Aussagen unserer Frühstückszeitung uneingeschränkt stehen, dass die diesbezügliche „Verwaltungs“ – Berichterstattung in der Turmberg – Rundschau größtenteils unzutreffend ist und dass sie einer Richtigstellung bedürftig hätte, was unserer Fraktion allerdings verwehrt worden ist.

Doch kommen wir zurück zum Haushalt 1996 und nehmen uns die Zeit, gemeinsam um etwas 10 Jahre zurückzuschauen. Wir befinden uns Mitte der Achtziger Jahre, die Weltwirtschaft steht in einer Phase allgemeinen Aufschwungs, unsere Arbeitnehmer sind auf dem Weg in die 35 – Stunden - Woche und Begriffe wie „neue Bescheidenheit“, „schlanke Produktion“, „Just in Time“ oder „Standort Deutschland“ sind in unserem Wortschatz noch nicht vorhanden. Dieser Phase einer globalen Hochkonjunktur folgte in den späten Achtziger Jahren eine deutliche Abschwächung der Wachstumsraten, besonders in den westlichen Industrieländern.

Besagter Rückgang war auch in Deutschland festzustellen, wurde jedoch durch den gewaltigen Schub der Wiedervereinigung überlagert, und somit nahm unsere wirtschaftliche Entwicklung für ungefähr zwei Jahre eine Sonderstellung ein, um dann Anfang der neunziger Jahre auf dramatische Weise einzubrechen. Diese Entwicklung kam nicht über Nacht, und sie war auch nicht unvorhersehbar, war doch klar, dass zahlreiche Impulse von der Wiedervereinigung nur von kurzer Dauer sein würden und dass die beschlossenen Transferleistungen von West nach Ost die Gesamtwirtschaft aufs äußerste belasten würden. Die Frage ist nun, inwieweit die keineswegs überraschende konjunkturelle Entwicklung der vergangenen Jahre bei den richtungsweisenden Entscheidungen des Gemeinderates ihre Berücksichtigung fand, und ob das Dilemma, in dem unsere Gemeinde in finanzieller Hinsicht zweifellos steckt, nicht durch vorausschauendere und besondere Entscheidungen zumindest hätte gemindert werden können.



Wir brauchen nicht lange unsere Erinnerungen strapazieren, um zu sehen, dass die gesetzlich gebotene Zurückhaltung bei den Investitionen in Phasen der Hochkonjunktur auch nur im geringsten angewandt worden wäre.

Der viel zu teuer und aufwendig geplante Kindergarten in der Kanalstraße, die Einmündung der Silcherstraße in die Burgstraße, die Ausdehnung der Ortskernsanierung auf das Baumannsches Anwesen verbunden mit der Planung einer Gehwegführung entlang der Jöhlingerstrasse seien als Beispiele dafür genannt, dass selbst in den frühen neunziger Jahren die Zeichen der Zeit gründlich missverstanden wurden. Beim Spaziergang durch Weingarten begegnen uns in Form des Steigweges, der für über 40.000 DM ausgebaute Friedhofszufahrt und in Form aufs aufwendigste möblierten Straßen steinerne Zeugen des misslungenen Versuches, binnen weniger Jahre aus einem (Zitat BM Scholz aus dem Wahljahr 1994) verlotterten Dorf ein Vorzeigeobjekt zu machen.

Nur wenige Gemeinderäte haben den Mut, die Fehleinschätzungen der Vergangenheit öffentlich zuzugeben. Unser Respekt gebührt denen, die dazu in der Lage sind. Nach wie vor sind jedoch Verschleierung der Tatsachen und Schönreden der Situation an der Tagesordnung. So wurde zum Beispiel den Einwohnern Weingartens in der Berichterstattung des Nachtragshaushaltes in der Turmberg – Rundschau vom 7. Dezember 1995 für das Jahr 1996 eine außerordentliche Schuldentilgung in Höhe von 3,9 Mio. DM in Aussicht gestellt.

Zu diesem Zeitpunkt war jedoch bereits bekannt, dass der Verkaufserlös für das Gemeindegrundstück beim Maranathahaus, mit dessen Hilfe die Schulden größtenteils zurückgeführt werden sollten, um ca. 600.000,- DM geringer als erhofft ausfallen würde. Mit der lautstarken Bekanntgabe des Zieles war dieses um ca. 15 % bereits wieder verfehlt. In der Sitzung des Ältestenrates vom 15. Dezember 1995 wurde ich dann von einem Gemeinderatskollegen belehrt, dass es ganz normal sei, dass in Haushaltsentwürfen glaubwürdige und somit belastbare, aber auch rein politisch opportune und somit unrealistische Zahlen stünden. Da diese unterschiedliche Wertung der Haushaltszahlen für uns nicht zweifelsfrei erkennbar ist, bitten wir hier und heute die Gemeindeverwaltung, für die WBB in künftigen Beratungsunterlagen derartige Zahlen, die hoffentlich in der Minderheit sind, kenntlich zu machen.

Wir haben bereits in unserer letztjährigen Haushaltsrede die Aussage gemacht, dass, wer die Bürger nicht über die wahre finanzielle Situation unterrichtet, sich auch nicht über ein teilweise zu hohes Anspruchsdenken zu beklagen braucht. Dieser Satz hat nach wie vor Gültigkeit. Aus dem Umstand, dass das Verkennen der wahren Verhältnisse und eine teilweise bewusste Irreführung der Einwohner Weingartens nach wie vor gängige Praxis sind, erwächst für uns Gemeinderäte der WBB die Verpflichtung, die uns zugänglichen Zahlen genauestens auf ihre Plausibilität und Solidarität zu überprüfen. So ist uns beim Studium des Haushaltplanes für das Jahr 1995 schnell klar geworden, dass das Zahlenwerk eher Ausdruck eines Wunschdenkens als brauchbare Handlungsgrundlage war, und tatsächlich lag im vergangenen Jahr, wie der im November verabschiedete Nachtragshaushalt eindrucksvoll dokumentiert, die Abweichung der Realität vom Plan bei über 18 Prozent. Auch auf die Gefahr hin, ein weiteres Mal als Laienschauspielern selbsternannte Haushaltsexperten oder möchte gern Wirtschaftswissenschaftler bezeichnet zu



werden, werden wir auch in Zukunft unserer bisherigen Linie treu bleiben und Entwürfen, die eher auf hoffnungsvollen Ausnahmen als auf soliden Grundlagen beruhen, die Zustimmung versagen.

Unsere Politik der Transparenz und Offenheit mag denen, die lautstark eisernen Sparwillen vorgeben und doch unbeirrt am bisherigen Kurs festhalten, möglicherweise missfallen. Ob deshalb allerdings die Diffamierung Andersdenkender zum politischen Instrument gemacht werden darf, erscheint uns zweifelhaft. Sicher, es ist einfach und verlockend, Kritiker in die Ecke der ewig Unzufriedenen, der Nörgler und Besserwisser zu verweisen, um umso ungestörter auf den Pfad der alleinigen Wahrheit lustwandeln zu können. Doch manchmal hat es den Anschein, als ob in der Vergangenheit einige etwas zu ausgiebig, gemächlich und ungestört spazieren gegangen seien. Unser Landrat Dr. Ditteney ist sicher über den Verdacht der Stimmungsmache und des Populismus erhaben, wenn er auf seinem diesjährigen Neujahrsempfang von dem Politikern mehr Kritikfähigkeit und Glaubwürdigkeit verlangt und gleichzeitig anmahnt, keine Scheinwelten aufzubauen, sondern die Tatsachen ungeschminkt zu bewerten.

Dass auch hier bei uns noch einiges im argen liegt, kann am Beispiel des Standortes für das Altenheim neben dem Maranathahaus verdeutlicht werden. Wie auch unsere Vorredner sind auch wir froh, dass unsere Gemeinde ein Altenheim bekommt und haben die hierfür notwendigen Beschlüsse in der jüngsten Vergangenheit mitgetragen, wenngleich uns der Gedanke, hochwertiges Bauland an einen Bauträger zum Vorzugspreis von ca. 250 DM / qm zu verkaufen, sehr nachdenklich stimmt. Über all sonst wird in Weingarten Bauland mit über 500 DM / qm gehandelt. Meine Damen und Herren, Sie werden sehen, schon in wenigen Wochen werden Sie die ersten Hochglanzprospekte in Ihren Briefkästen haben, die Sie dazu animieren sollen, sich in diesem Projekt einzukaufen. Ich glaube nicht, dass Sie dann an diesem Vorzugspreis partizipieren, sondern dass diese ausschließlich der Rendite des Bauträgers dient. Hier stellt sich die Frage, ob die Subvention des Bauträgers wirklich dem Wohle der Allgemeinheit dient oder ob nicht hausgemachte Sachzwänge, nämlich Grundstücksverkauf um jeden Preis zur Sanierung des Haushaltes, für die Beschlussfassung ausschlaggebend waren. Fest steht auch, dass diese Sachzwänge und die daraus resultierende Einbahnstraßenpolitik den Blick auf Alternativen, wie hier zum Beispiel das Schaffer – Gelände oder Kreuzinger – Eck, verbauen.

Die Schönfärberei von Tatsachen wird auch darin deutlich, dass der Verkaufserlös nicht, wie überall berichtet 2,2 Millionen DM, sondern lediglich 2,1 Millionen DM beträgt. Die Firma Projekta zahlt zwar an die Gemeinde 2,2 Millionen DM, doch sind hierin 100.000 DM für die von der Gemeinde großteils zu erbringende Durchführung der Ausgleichs –und Ersatzmaßnahmen gemäß nach § 8a Bundesnaturschutzgesetz enthalten. Hätte die Gemeinde auch noch den Rohbau übernommen, wäre sicherlich ein Kaufpreis von weit über 10 Millionen DM erzielbar gewesen.

Ein weiteres Beispiel der Einbahnstraßenpolitik ist die Trassenführung der Stadtbahn, eines der großen Themen im Wahlkampf 1994. Dieses Thema sollte bereits im Frühjahr 1995 im Gemeinderat behandelt werden, ist aber inzwischen auf unbefristete Zeit vertagt. Das „Hilcher“ – Gutachten über die Untersuchung der einzelnen Trassenvarianten liegt bereits ein knappes Jahr vor, ohne dass es dem Gemeinderat zu Kenntnis gebracht worden wäre. Hier drängt sich uns der



Verdacht auf, dass für die Vorlage im Gemeinderat erst noch die richtigen Kleidchen genäht werden müssen, um dann mit den vorhandenen Sachzwängen die von der Verwaltung erwünschten Beschlüsse durchsetzen zu können.

Doch zurück zum Haushalt 1996. Unsere Verschuldung (die Kassenkredite außer Acht gelassen) beträgt zum 1. Januar 1996 insgesamt 25,4 Millionen DM, die hierfür erforderliche Zinsen beziffern sich zu 1,684 Millionen DM.

Allein die Schuldzinsen verschlingen 196,- DM pro Einwohner. Im Vergleich dazu beträgt im Jahre 1996 die Investitionsrate 4,- DM pro Einwohner.

Der vorliegende Haushalt ist nicht in der Lage, die 1995 außerplanmäßig aufgenommenen Neuschulden auszugleichen. Wer behauptet, die letztes Jahr außerplanmäßig aufgenommenen Kredite könnten nachhaltig zurückgeführt werden, begeht Wählertäuschung. Im fünfjährigem Finanzplan sind heute bereits für 1998 und 1999 weitere Kreditaufnahmen in Höhe von zusammen 2,3 Millionen DM zur Sanierung unseres Abwassersystems gemäß Eigenkontrollverordnung vorgesehen. Für unser dringendstes Anliegen, die Bahnunterführungen, sind in der mittelfristigen Finanzplanung lediglich 0,2 Millionen DM ausgewiesen. Der Bau der B 3 – Umgehung ist immerhin mit einer Million berücksichtigt. Diese Zahlen hätten nach unserem Dafürhalten unbedingt als politisch opportune Zahlen gekennzeichnet werden müssen, denn ernsthaft wird in diesem Gremium niemand behaupten wollen, dass die Kosten für diese Vorhaben in dem vor zwei Jahren geschätzten Rahmen bleiben werden. Es stimmt uns ebenfalls nachdenklich, dass sämtliche Annahmen unserer mittelfristigen Finanzplanung vom nahezu günstigsten Falle ausgehen. So lesen wir im Vorbericht unseres Haushaltsplanes, dass von einem nur geringen Anstieg der Personal –und Sachausgaben, dafür aber von einer spürbaren Belebung der Konjunktur und von einer kontinuierlichen Anpassung der Gebührensätze an die Kostenentwicklung ausgegangen wird.

Im Klartext heißt dies, dass die Planung von Gebührenerhöhungen ausgeht, die der Gemeinderat in den kommenden Jahren erst noch zu beschließen hat. Sicherheitszuschläge, wie in anderen Bereichen zwingend notwendig, sind in dieser Planung keine vorhanden, mit Ausnahme unserer unter den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestbeitrag geschrumpften Rücklagen in Höhe von 463.000 DM

Wir fordern hiermit die Verwaltung auf, bei künftigen Planungen den jeweils ungünstigsten Fall zugrunde zu legen, damit unsere mittelfristige Planung von einem Bekenntnis der Hoffnung zu einer realistischen Grundlage wird. Darüber hinaus ist zu erwähnen, dass unsere Gemeinde ihren Verpflichtungen aus dem Programm der Ortskernsanierung bislang nicht vollständig nachgekommen ist.

Obwohl alle Fördermittel des Landes schon bei uns eingegangen und auch bereits wieder ausgegeben sind, müssen wir in den Jahren 1997 und 1998 eine Million für die Ortskernsanierung bereitstellen, um das Programm zum vertragsgemäßen Abschluss zu bringen. Tun wir das nicht, so besteht die Gefahr, dass wir bereits geflossene Fördermittel wieder an das Land zurück überweisen müssen, bei der derzeitigen Haushaltslage wahrhaftig keine erfreuliche Perspektive.



Keiner, der sich für das Wohl dieses Gemeinwesens auch nur im geringsten verantwortlich fühlt, kann Freude dabei empfinden, dass sich unsere Handlungsspielräume und Perspektiven ständig verengen, während die Bewältigung der Vergangenheit in Form von Zinszahlungen und Tilgungen eine immer schwerere Last wird.

Doch Resignation ist nicht die Einstellung, mit der die Ziele der kommenden Jahre gemeistert werden können. Es bleibt nur übrig, die momentane Situation als Herausforderung zu begreifen, und zwar als Herausforderung an Kreativität, Ideenreichtum und Bürgersinn. Wir können nur gemeinsam darüber nachdenken, welche Leistungen unsere Gemeinde ihren Bürgern auch in Zukunft uneingeschränkt zur Verfügung stellen muss, und wo Einsparungen und Einschnitte möglich sind, die niemanden in seiner Existenz treffen oder gefährden.

Unverständlich ist uns hier die fehlende Bereitschaft zur Entwicklung von Sparmaßnahmen. Wie anders ist es sonst zu erklären, dass der bei der Verabschiedung des Haushaltes 1995 von der Grünen Liste eingebrachte und von uns unterstützten Antrag zur Bildung einer Sparkommission nicht umgesetzt wurde und die anfällig geäußerten Sparabsichten reine Lippenbekenntnisse bleiben?

Das Ergebnis unseres fraktionsinternen Nachdenkens ist eine reine Aufstellung von Sparvorschlägen, die rechtzeitig in die laufenden Haushaltsvorbereitungen eingebracht wurden. Einige davon mögen sicherlich nicht unumstritten sein, doch hat kein einziger die Zustimmung im Verwaltungsausschuss gefunden. Wie sollen wir, um mit den Worten Roman Herzog zu sprechen, jemals dazu in der Lage sein, „uralte Heilige Kühe zu schlachten“, wenn wir schon vor solchen Vorschlägen zitternd zurückschrecken? Ist die Angst vor dem nächsten Wahlergebnis so allmächtig, dass wir nach wie vor glauben, jede Klientel müsste aufs sorgsamste bedient werden, und dabei den Blick für das Ganze verlieren?

Es gilt nicht nur, den Mangel zu verwalten und auf bessere Zeiten zu hoffen. Die Veränderung unseres Haushaltsdenkens und die Umsetzung der Sparmaßnahmen muss durch uns, die Mitglieder des Gemeinderates, eingeleitet werden. Hierzu ist es notwendig, auch einmal unpopuläre Entscheidungen mitzutragen.

So ist zum Beispiel die WBB die einzige Fraktion, die den Vorschlag zur Reduzierung des Gemeinderates um vier Sitze auf 14 unterstützt.

#### **Sparvorschläge im Verwaltungshaushalt**

- Streichung des Betriebsausfluges der Gemeindebediensteten ca. 30.000 DM
- Streichung der Zuschüsse für Landschulheimaufenthalte (mit Härtefallklausel) ca. 7.000 DM
- Reduzierung des Zuschusses an die Jugendmusikschule auf das Maß der sonst üblichen Vereins –und Jugendförderung ca. 20.000 DM
- Kürzung der Mittel für Bücherbeschaffungen um 50 % ca. 2.000 DM
- Verzicht auf die Weihnachtsbeleuchtung ca. 25.000 DM



- Streichung der Kindergarten – Beitragsübernahme für das Zweitkind (mit Härtefallklausel) ca. 15.000 DM
- Umgehende Vermietung der Räume des ehem. Institutes Mohrmann (z.B. als Büroräume) und des Verkehrsübungsraumes im Keller der Walzbachhalle mind. 20.000 DM
- Kontinuierliche Kürzung der Unterhaltungsmittel für Grünanlagen, bis ca. die Hälfte des heutigen Zuschussbedarfes erreicht ist. Parallel hierzu Reprivatisierung von gemeindeeigenen Grünanlagen, Ausschreibung folgender Flächen zum Verkauf: Grundstück Ecke Wiesenstrasse / Dr. Wohnlichstrasse; Grundstück Keltergasse; Grundstück Kirchstrasse / Am alten Friedhof; Flächen beim Feuerwehrgerätehauses u.a. ca. 30.000 DM
- Reduzierung der Stromkosten für die Straßenbeleuchtung um ca. 30 % durch Anwendung einer „intelligenten“ Regelungstechnik (z.B. Abschalten jeder zweiten Leuchte zwischen 0.00 Uhr und 5.00 Uhr) ca. 45.000 DM
- Volle Kostendeckung beim Bestattungswesen durch entsprechende Gebührenanpassung verbunden mit Kosteneinsparungen ca. 100.000 DM

### **Sparvorschläge im Vermögenshaushalt**

In einem Vermögenshaushalt der so gut wie keine Investitionen enthält, kann verständlicherweise nicht viel eingespart werden. Doch da bekanntermaßen auch Kleinvieh Mist erzeugt, haben wir auch hier sämtliche Zahlen sorgfältig geprüft und nachstehende Sparvorschläge vorgelegt.

- Streichung von 10.000 DM für Einrichtung Gemeindearchiv in der Walzbachhalle
- Korrektur des Ansatzes für das Baumannsches Anwesen auf 400.00 DM
- Streichung des Ausbaus der Jöhlingerstrasse 100.000 DM
- Streichung Straßenbau Einmündung Ringstrasse / B 3 60.000 DM
- Streichung Investitionszuschuss kleinere Maßnahmen für Straßenbeleuchtung 40.000 DM

### **Fazit:**

Einem Haushaltsplan, dessen einzigste Sparmaßnahme der Verzicht auf Investitionen ist und der trotzdem nur durch die Veräußerung von gemeindeeigenen Grundstücken ausgeglichen werden kann, sollte unserer Meinung nach keine Zustimmung im Gemeinderat erhalten. Wir plädieren auf Ablehnung des Haushaltentwurfes und Zurückweisung zur Überarbeitung in den Gemeinderat.

Zum Schluss wollen wir noch die Gelegenheit an dieser Stelle nutzen, uns bei Herrn Bürgermeister Scholz und allen Mitarbeitern der Verwaltung für die trotz all unserer Kritik und unserem Quergedanken in der Regel kooperative und auch vertrauensvoller Zusammenarbeit zu bedanken, wobei wir gleichzeitig unsere Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass so wie steter Tropfen den Stein höhlt, auch einmal unsere Anregungen und Vorschläge ein Rinnsal in Bewegung setzen, welches dann bahnbrechend die Umkehr zu einer wirklichen Haushaltskonsolidierung einleitet.

(vorgetragen durch Gerhard Reis)